



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Hakenkreuzbanner. 1931-1945 2 (1932)

98 (30.4.1932)

[urn:nbn:de:bsz:mh40-254842](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-254842)

Waldenkreuzbanner

Verlag: Die Volksgemeinschaft, Herausgeber: Otto Wegel, Schriftleitung: Luthersstraße 10, Telefon 4048, Mannheimer Schriftleitung: P. 5, 13a, Tel. 21471. Das Waldenkreuzbanner erscheint fünfmal wöchentlich und kostet monatlich 2,40 RM. Bei Vorbestellung zusätzlich 30 Pfg. Bezahlungen nehmen die Verleger und Briefträger entgegen. In die Zeitung am Erscheinungstag (auch durch höhere Gewalt) verhängt, besteht kein Anspruch auf Ersatzung. Für unterlagene eingekaufte Manuskripte übernehmen wir keine Verantwortung.

NATIONALSOZIALISTISCHES KAMPFBLATT NORDWESTBADENS

Anzeigen: Die 6-spaltige Mittelzeile zu 10 Zeilen, die 4-spaltige Mittelzeile zu 10 Zeilen 25 Pfg. für kleine Anzeigen; die 6-spaltige Mittelzeile 5 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt nach anliegendem Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: 16 Uhr. Anzeigenannahme: Mannheim P. 5, 13a, Telefon 21471, Bestells- und Erfüllungsbüro: Heidelberg, Ausschließlicher Vertriebsort: Heidelberg, Vertriebsstelle: Die Volksgemeinschaft, Karlsruhe 21834. Verlagsort Heidelberg

Nr. 98 / 2. Jahrgang

Mannheim, Samstag, den 30. April 1932

Freiverkauf 15 Pfg.

Das System lebt auf Generalunkosten!

1/2 Million Steuergelder für die Septemberwahlen / Die Schuldigen verweigern die Aussage

Berlin, 29. April.

In einem Bericht über die Verhandlungen des Haushaltsausschusses des Reichstages, der die Darlegung seines Unterausschusses über die Haushaltsrechnung 1930 entgegennahm, wurde u. a. erklärt, daß bei Prüfung der „überplanmäßigen Ausgaben“ und der „Vorschuf-Buchungen“ vom Berichtsteller mehrere nicht genehmigte Ausgaben festgestellt worden sind. Nunmehr erfährt man hierzu ergänzend, daß der Untersuchungsausschuß tatsächlich eine Reihe größtenteils unregelmäßigkeiten ausgebeutet hat. So habe z. B. die Reichsregierung — wie sie es nennt — „zur Aufklärung des Volkes“ — d. h. also doch wohl nichts anderes als zu Wahlzwecken, rund 500 000 Mark verbracht, für die von Seiten des Reichstages keinerlei Bewilligung vorlag. Es heißt daß die Reichsregierung dem Untersuchungsausschuß auch jedwede Aufklärung über diese Frage der nicht bewilligten Ausgaben verweigert hat.

Herr Groener weiß überhaupt von nichts. Die Summe sei, so ließ ihm sein Vorgänger

ger, der Zentrumsmann Wirth mitteilen, „für den angegebenen Zweck ordnungsgemäß verwendet worden“. Kein Mensch aber ist in der Lage, an Hand der Akten festzustellen, für was diese halbe Million verbütet wurde. „Ohne Reichsinteressen zu verletzen, könnten auch keine Angaben gemacht werden.“ Das klingt sehr eigenartig, wenn man nicht wüßte, daß soviel Rundfunkreden gehalten worden wären, die nicht ohne Regierungshilfe aufgezogen wurden und wenn man weiterhin nicht wüßte, was manche Regierungen unter „Aufklärung der Bevölkerung“ verstehen. Wir gestatten uns, zu vermuten, daß die so oft betonte Scheidelinie zwischen Regierung und den Absichten der schwarz-roten Parteien da oder dort verwischt worden sein könnten. Diese Vermutung liegt umso näher, da ausgerechnet die Sozialdemokraten sich bei der Abstimmung über den Antrag, der die Klärung des Falles forderte, der Stimme enthielten. Die Angelegenheit ist für uns damit nicht erledigt. Das Volk fordert Aufklärung, wozu diese gewaltige Summe geflossen ist. Wir werden dieser Forderung den wünschenswerten Nachdruck verleihen.

konnten, wie z. B. die Sklareks das Gut „Waren“.

Der Ausschuß kam nach eingehender Erörterung der Verwaltung bei der Kreditgemeinschaft Gemeinnütziger Selbsthilfeorganisationen Deutschlands, die Reichsmittel erhalten hat, zu der Auffassung, daß hier der Rechnungshof des deutschen Reiches wegen

der außerordentlichen Höhe der Verwaltungs- und Gehaltsausgaben eingreifen müsse. Es wurde bedauert, daß die verantwortlichen Reichs- und Länderstellen dieser Kreditgemeinschaft einen so erstaunlich selbständigen Verbrauch öffentlicher Mittel gestattet hätten.

Deutschland soll „totgestreift“ werden

Berlin, 29. April. Am Donnerstagabend hat die angekündigte Sitzung des kommunistischen Parteisekretariats stattgefunden. Ueber den Inhalt der Verhandlungen wird Stillschweigen bewahrt. In kommunistischen Kreisen wird erklärt, daß die Kommunisten kein Interesse daran hätten, durch vorzeitige Bekanntgabe der von ihnen einzuschlagenden Taktik dem Zentrum seine Aufgabe bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Regierungsbildung in Preußen leichter zu machen.

Auffschlußreich ist in diesem Zusammenhang der heutige Artikel der „Roten Fahne“, die in einem Kommentar zu den Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten unter anderem schreibt:

„Wir sind für den Sturz jeder Regierung der kapitalistischen Diktatur, weil wir bekanntlich die Anhänger der proletarischen Diktatur sind. Allerdings ist es ein Verbrechen, die Nazi kampfslos an die Regierung „heranzulassen“. Dieses Verbrechen ist aber nur eine Fortsetzung einer 14-jährigen verbrecherischen Politik der SPD-Führerschaft. Der Kampf gegen die Regierungsbildung der Nazis kann niemals in dem parlamentarischen Schritt der SPD-Führer bestehen, die ihren „Kampf“ von der Bereitschaft oder Nichtbereitschaft des Zentrums, die Nazis in die Regierung zu nehmen, abhängig machen. Der offen terroristische Faschismus der Hitler und Goebbels, die Faschisierungspolitik der Brüning und Groener kann nur im außerparlamentarischen Klassenkampf geschlagen werden. Die

SPD wird die aktivste Rolle bei der Sabotage des außerparlamentarischen Massenkampfes des politischen Massenstreiks spielen. Wenn die deutsche Arbeiterklasse die Betriebe stilllegt, wenn die mindestens 11 Millionen kommunistischer und sozialdemokratischer Wähler im Reichsmassstab zu den Waffen des Streiks und der Massenaktionen greifen, dann ist es rasch mit den Großsprecheren der Hitler und Goebbels aus.“

Das also ist des Pudels Kern! Deutschland soll bei Uebernahme der Macht durch die NSDAP oder bei Mitbeteiligung an der Regierung totgestreift werden. Dieses Stichwort hat der jetzt noch amtierende Reichspräsident Loebe bereits im Reichspräsidentenwahlkampf gegeben. Es ist heute zur Parole für den Gesamtmarxismus geworden. Wir sehen ihrer Verwirklichung kalten Blutes entgegen. Das Arbeitslosenproblem wäre damit für die Millionen, die schon jahrelang aus dem Produktionsprozeß geschleudert wurden, bald gelöst, während die Saboteure der Wirtschaft vielleicht nicht einmal mehr in den Genuss des Stempelgeldes kommen. Angesichts dieser Sachlage wird vielleicht Herr Groener noch einmal bittere Reue über die Auflösung der SA empfinden müssen. Uns aber schreckt dieser „außerparlamentarische“ Kampf nicht. Wir werden zur Stelle sein; das Außerparlamentarische liegt uns ohnehin besser wie das Parlamentarische.

Reichsgelder für Sauerkrautrezepte

Zur Zeit tagt der Haushaltsausschuß des Reichstages. Dabei kommen allerlei Feststellungen ans Licht, wie man mit den Steuergeldern der gequälten Staatsbürger gewirtschaftet hat. Die 500 000 Mark „zur Aufklärung des Volkes“ schweben noch immer in dem Dunst einer geheimnisvollen

Ausgabenwirtschaft. Am gestrigen Tage mußte von einem Abgeordneten gerügt werden, daß

Reichsgelder zur Herausgabe eines Buches über Sauerkrautrezepte

ferner für sportliche Betätigung der Bauersfrauen flüssig gemacht wurden. Wenn die hohen Regierungsvertreter auch nur eine blasse Ahnung von der mühevollen Arbeit einer Bauersfrau hätten, dann könnten sie nicht auf den ausgefallenen Gedanken kommen, daß es ihr auch noch möglich ist, Sport zu treiben. Es müßte denn sein, daß man besonders an die „Bauersfrauen“ dachte, deren Männer durch Schiebung und Betrug am Volke sich große Güter häufen

Die Wirtschaftspartei röhelt noch

Berlin, 29. April. Wie erst jetzt bekannt wird, hat bereits im Februar ds. Js. der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei beschlossen, den Reichstagsabgeordneten Dremwig, der bis zur Klärung der gerichtlichen Streiffälle in Sachen Dremwig-Collosser die Parteiführung formal abgegeben hatte, wieder zum Parteiführer zu berufen. Dieser Beschluß ist von der Wirtschaftspartei aus faktischen Gründen bisher nicht öffentlich bekannt gegeben worden.

Herr Dremwig, der im Verborgenen als Vorsitzender blühte, ist nach dem Verschwinden seines Interessentenbauens in das Licht des Tages gestellt worden. Welch ein ergötzliches Wechselspiel der Dinge. Solche Methoden kann sich nur eine Partei erlauben, die den Ehrgeiz hat, als Clown unter dem republikanisch-parlamentarischen Parteizirkus zu wirken. Und so was will den Mittelstand retten!

Die Augiasställe öffnen sich!

Am Donnerstag fand in Wismar die erste Amtsversammlung unter dem Vorsth des neugewählten nationalsozialistischen Amtshauptmanns Dr. Schumann statt. Dieser mußte in seinem Bericht über die Finanzlage des Amtes, wie er es am 1. April ds. Js. übernommen hat, erklären, daß das Gesamtdefizit über eine Viertelmillion RM. betrage. Auf eine Beschwerde der Linken über die von ihm erfolgte Kündigung von Amtspersonal beleuchtete Pg. Dr. Schumann die bisherige Personalpolitik des sozialde-

mokratischen Amtshauptmanns Brinkmann an Hand der von der Staatsregierung vorgenommenen Prüfung. Nach dem Ergebnis derselben ist der Personalbestand des Amtes Wismar bisher viel zu hoch gewesen, weil man dort — wie überall, wo marxistisch regiert wird! — für verschiedene Parteibuchhaber der SPD Pöstchen vergeben hatte. Amtshauptmann Dr. Schumann erklärte, daß er mit diesem System rücksichtslos brechen und bis zur letzten Konsequenz ausmisten werde.

Strafantrag des Oberleutnant Schulz gegen die „Münchener Post“

München, 28. April. Die „Münchener Post“ hatte gemeldet, daß sich im Braunen Hause eine Zelle G befände, die nach der Art der Tscheka unliebsame Leute beseitigen solle. Als Führer dieser Zelle G wurde Oberleutnant a. D. Schulz genannt. Wie die nationalsozialistische Korrespondenz mitteilt, hat Oberleutnant a. D. Schulz am Mittwoch gegen die „Münchener Post“ Strafanzeige wegen böswilliger Verleumdung gestellt, da die Behauptungen dieses Blattes über ihn von A bis Z erlogen sind.

Reichsbanner und Kommunisten verschaffen sich Waffen

Vor einigen Tagen wurde ein Heidelberger Wachsenmacher wegen unerlaubten Waffenhandels in Haft genommen. Dieser Mann hat in verschiedenen Fällen an Angehörige des Reichsbanners und Kommunisten Waffen verkauft. Zwei Angehörige

den dauernd die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei des Reichsrats bezichtigt wird, ist es sehr interessant, daß die als unmillitärlich angesehene Organisation des Reichsbanners sich systematisch mit Waffen versorgt. Die Bevölkerung hat ein Recht, zu verlangen, daß nicht nur gegen die zufällig erkappten Waffenhändler vorgegangen wird, sondern daß die Hintermänner

und Geldgeber zur Verantwortung gezogen werden.

Die Nationalsozialisten erstreben im Rahmen der Verfassung legal die Macht. Die letzten Wahlen haben bewiesen, daß dieser Zeitpunkt nicht mehr fern ist. Das Reichsbanner als Organisation der sozialdemokratischen Partei steht, daß es sich auf verfassungsmäßigem Wege nicht mehr halten kann, denn täglich schrumpft diese Partei immer mehr zusammen. Was liegt also näher, als anzunehmen, daß man nunmehr versucht, sich mit Gewaltmitteln am Ruder zu halten? Wir fordern restlose Aufklärung, Bestrafung der Schuldigen und Auflösung dieser wohl vorbereiteten Bürgerkriegsorganisationen.

lage der Stadt derart gestaltet habe, daß man nicht etwa vor, sondern mitten in einer Katastrophe stehe. Wenn es bei einer Gemeinde wie in der Privatwirtschaft ein Konkursverfahren gäbe, hätte die Stadt Essen schon längst ein solches Verfahren anmelden müssen.

Achtung! Telefonspiegel!

Wie wir hören, sollen die Fernsprecher der NSDAP künftig mit einer besonderen Überwachung bedacht werden. Wenn auch die Partei, bezw. die Mitglieder der Partei nichts zu verheimlichen haben, so machen wir doch darauf aufmerksam, weil insbesondere die Gefahr besteht, daß z. B. Beamten, die der Partei angehören, daraus Unannehmlichkeiten erwachsen können.

Gauléitung.

des Reichsbanners sind ebenfalls verhaftet worden. Man hatte auch einen Parteigenossen von uns verdächtig. Der Verdacht erwies sich jedoch als hinfällig und die Beschuldigung als Ablenkungsmanöver der wahrhaft Schuldigen!

In einer Zeit, in der von amtlichen Stellen

Brotlose Arbeiter — Bankrotte Kommunen

Berlin, 29. April.

Aus Dortmund wird berichtet, daß die Gewerkschaft „Konstantin der Große“ in Bochum zum 15. Mai Betriebseinsparungen ankündigt. Auf der Zechenanlage Konstantin IV/VII kommen insgesamt 350 Bergarbeiter und 15 Angestellte zur Entlassung.

Die Marinewerft Wilhelms haben muß, wie sie bekannt gibt, Anfang Mai zahlreiche Entlassungen von Werftarbeitern vornehmen. Wie die Marineleitung mitteilt, werden durch diese Einschränkungen abermals 350 Arbeiter brotlos.

Die Stadt Bremen scheint am Ende des Monats mit Dreiviertel der Gehaltszahlungen im Rückstand zu sein, ohne daß die Weiterzahlungen auch nur in Aussicht gestellt wären. Die immer mehr in Bedrängnis kommenden Arbeiter und Angestellten der Stadt haben nunmehr die Stadt auf Innehaltung ihrer Verpflichtungen verklagt und ein sofortiges Eingreifen des Staates in die städtische Verwaltung Bremens gefordert.

In einer Versammlung der städtischen Beamten der Stadt Essen erklärte der Bürgermeister Schäfer, daß sich die Finanz-

sein, ohne daß die Weiterzahlungen auch nur in Aussicht gestellt wären. Die immer mehr in Bedrängnis kommenden Arbeiter und Angestellten der Stadt haben nunmehr die Stadt auf Innehaltung ihrer Verpflichtungen verklagt und ein sofortiges Eingreifen des Staates in die städtische Verwaltung Bremens gefordert.

Systemkrämpfe!

Prof. Kriech gemäßigert

NSD Der marxistische „Kultus“minister des verfliehenden Preußensystems, Herr Grimme, macht seinem Grimm über das Volksgericht vom 24. April noch auf der Flucht vor der nationalen Ablösung mit einer Heroldstrolacht Luft. Er hat den Professor an der Dortmunder Pädagogischen Akademie, Dr. E. Kriech, in Frankfurt, mit einem Disziplinarverfahren unter Beurlaubung vom Amte überfallen und ihm diesen am 9. April gefaßten Beschluß ausgerechnet am Tage nach der Wahl zustellen lassen. Begründet ist dieser Ukas mit der Zugehörigkeit Dr. Kriechs zum Nationalsozialistischen Lehrerbund. In Wirklichkeit stellt die Maßregelung wohl einen Racheakt für Dr. Kriechs neues Werk „Nationalpolitische Erziehung“ dar, das die verheerenden Wirkungen einer 13-jährigen marxistisch-zenträlichen „Betreuung“ von Wissenschaft,

Kunst und Volksbildung erbarmungslos aufdeckt.

Da über den Fall in nader Zeit im preussischen Landtag gründlich Fraktur gesprochen wird, begnügen wir uns vorläufig mit der bloßen Anprangerung einer der hoffentlich letzten Systemblößen.

Plattner zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt

Wegen Beleidigung von Zentrumsblättern.

Karlsruhe, 28. April. Pg. Plattner, Friedrichstal wurde heute zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt, weil er in einer Rede in Flehingen den „Badischen Beobachter“ als „Lügenblatt“ bezeichnet hat anlässlich der im „Badischen Beobachter“ gegen Pfarrer Senn gerichteten Angriffe. Desgleichen, weil er in einer Rede in Neuenburg (Bez. Müllheim) die „Freiburger Tagespost“ als „Lügenblatt“ bezeichnet hatte.

Eine „foschere“ Sache

Herr Paul Liebmann war noch vor wenigen Jahren Generaldirektor einer großen Spinnerei im badischen Albtal. Wohl und Wehe der Arbeiter lag ihm weniger am Herzen, aber umso mehr seine eigenen finanziellen Vorteile. Als Generaldirektor bezog er ein Gehalt von 160 000 Mark jährlich und außerdem noch Lantien; die jüdische Verissenheit war in diesem Falle somit wohl mit 200 000 Mark im Jahr dotiert. Welche Parallele ließe sich ziehen, wenn man den Verdienst von 150 Arbeitern der Spinnerei zum Vergleich heranzöge? Aber das wäre wirtschaftliche Diagnostik. — Kehren wir zu unserm Herrn Generaldirektor zurück.

denn vor kurzer Zeit konnte man in den Zeitungen lesen:

„Das Finanzamt Ettlingen hat hinter dem Generaldirektor a. D. Paul Josef Liebmann, geboren am 16. Nov. 1867 in Onolen (Mecklenburg) zurzeit wohnhaft in Rapallo (Italien) einen Steuersteckbrief hinterlassen und die Beschlagnahme des inländischen Vermögens angeordnet. Liebmann schuldet eine Reichssteuer von 46 100 Reichsmark.“

Ob wohl viel dabei herausgekommen ist? — Deutschland erwache! Aries.

Wieder Rumpf-Landtag in Thüringen

Weimar, 28. April.

Bei der heutigen Landtagsitzung in Thüringen, in der die Staatsberatung beginnen sollte, gab unser Fraktionsführer Pg. Saukel eine Erklärung ab, in der er forderte, daß als erster Punkt der nationalsozialistische Aufstellungsantrag auf die Tagesordnung gesetzt werden müsse. Die Wahlen hätten gezeigt, daß die Thüringer Regierung weder eine Mehr- noch eine Minderheit, sondern gar nichts mehr hinter sich habe. Für den Fall, daß dem Antrag nicht entsprochen würde, müßten die Nationalsozialisten aus Protest den Beratungen fernbleiben. Diese Beratungen wären außerdem auch deswegen zwecklos, weil die Regierung sich über alle Beschlüsse bei der letzten Staatsberatung hinweggesetzt habe. So sei z. B. der mit der SPD angenommene Antrag zur Unterstützung der Gemeinden nicht ausgeführt worden. Die Regierung, ohne das Vertrauen des Volkes, regiere nur mit Hilfe der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten. Die Nationalsozialisten seien sich zu gut, zwecklos an diesen Beratungen teilzunehmen, bei denen nur unnötig das Geld der Thüringer Bevölkerung vergeudet würde. Sie würden die Thüringer Steuerzahler aufklären, wie man zur Zeit in Thüringen regiere. Die Folgen hätten die Regierung und die Parteien zu tragen.

Da dem nationalsozialistischen Antrag nicht entsprochen wurde, verließ die nationalsozialistische Fraktion die Sitzung und überließ die Staatsberatung den Regierungsparteien mit ihrer sozialdemokratischen Hilfsgruppe allein.

Anhalt wird deutsch

Deffau, 29. April. Von den anhaltischen Rechtsparteien wurde am Donnerstagabend folgende Mitteilung ausgegeben: „Die am 28. April im Kaiserhof in Deffau zu

einer Besprechung zusammengetretenen Vertreter der NSDAP und der bürgerlichen Fraktionen des neugewählten Landtages beschlossen, in grundsätzlicher Einigkeit über die seitens der Nationalsozialisten vorgeschlagenen Grundzüge, sich zu einer Regierungskoalition zusammenzuschließen. Ziel einer gemeinsam zu bildenden nationalen Regierung ist nach allseitigem Willen der anwesenden Vertreter die Beseitigung der durch marxistische Mißwirtschaft entstandenen Volksschäden an materiellen und ideellem Gut der anhaltischen Volksgenossen durch eine nationale, soziale und christliche Aufbauarbeit.“

Wir fechten die Reichspräsidentenwahl an

Berlin, 29. April. Rechtsanwalt Dr. Frank II hat im Auftrage Hillers beim Reichswahlprüfungsgericht Anfechtungsklage gegen das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl erhoben. Die Klage wird begründet mit der „mißbräuchlichen Anwendung des Rundfunks im Dienste des Präsidentschaftskandidaten von Hindenburg“ sowie mit einer Fülle verfassungswidriger polizeilicher und sonstiger behördlicher Maßnahmen“.

Österreich vor einer Moratoriumserklärung

London, 29. April. Der „Daily Express“ will aus maßgebenden Berliner Bankkreisen erfahren haben, daß Österreich ein vollständiges Moratorium zu erklären beabsichtige. Das Blatt schreibt dazu, daß eine derartige Erklärung die City nicht allzu sehr überraschen würde, da man die wachsenden Schwierigkeiten hinsichtlich der österreichischen Finanzen schon seit längerem erkannt habe.

Ein ganzes Kalb für 2 Pfund Kalbschnitzel

Ueber den verheerenden Zustand der Preisbildung landwirtschaftlicher Erzeugnisse bringt der „Wirtschaftliche Beobachter“ folgende Aufstellung: Ein Prignitzer Bauer ließ durch einen Viehhändler ein Kalb verkaufen. Der Erlös für das Tier, das ein Gewicht von 66 Pfund hatte, betrug RM. 14,52. An Spesen berechnete der Viehhändler:

Standgeld	0,70 RM
Streu	0,05 „
Treibergeld	0,50 „
Fuhrlohn	0,30 „
Wiegen	0,20 „
Fracht	2,50 „
Versicherung u. Provision	0,85 „
zusammen	5,10 RM

Nach dem Abzug dieser Verkaufskosten ist dem Bauer somit für das Kalb ein Verkaufserlös von 9,42 RM verblieben. An weiteren Unkosten sind von dieser Summe abzuziehen:

Dedageld	4,00 RM
Futterkosten (8 Tage je 4 Liter Milch pro Liter zu 10 Pfennig)	3,20 „
zusammen	7,20 RM

Nach Abrechnung dieser Summe vom Verkaufserlös von 9,42 RM verbleiben dem Bauern für Wartung, Pflege und Aufzucht des Kalbes und als Verdienst in Summe 2,22 RM. Für diese Summe erhält der Verbraucher nicht einmal 2 Pfund Kalbschnitzel. Die marxistische und liberale Presse aber heßt gegen die landwirtschaftlichen „Preistreiber“.

Er kommt wieder

Genf, 29. April. Reichskanzler Dr. Brüning ist heute vormittag um 11 Uhr nach Berlin abgereist. Mit ihm führen Staatssekretär von Bülow, Ministerialdirektor Jechlin und Oberregierungsrat Plandl ab. Der deutsche Volschaffer von Hoefich, der am Donnerstagabend in Genf eingetroffen war, begleitete den Reichskanzler bis Basel. Er wird dem Reichskanzler unterwegs über die Haltung der französischen Regierung Bericht erstattet haben.

Am die Gewährung einer Amnestie

Berlin, 29. April. Die im Vorkriegsrat gemachte Anregung über die Gewährung einer Amnestie ist dem Reichsjustizministerium zur Prüfung zugestellt worden. Eine abschließende Stellungnahme des Ministeriums liegt jedoch noch nicht vor.

Sei

Tisch
Donnerstag
meister An
Ehefrau un
niedergeschl
fort tot, wä
ben liegen.
Wild aus
beil und gin
er seine Klei
kleidet
Schädeldeck
Schlafjimm
seine Kinde
Jahr, 5, 8
blindlings
jüngste Kin
Nach der Z
Räbe liegen
Als er jedo
kehrte er w
Bank im W
mittag vollk
seiner Vern
thisch über
er unglückl
seit langem
habe, seine
Der Bevolk
sich eine un

Groß

Newpor
brach auf d
gork ein G
halle, in de
wertvolles

W

Wiesloch
rat von Wi
Polizeidirek
Landrats P
rat Karl D
loch verfehlt

Walldor
einem unber
rige Kind d
topf vom H
Brust und
Lebensgefah

Eberbach
Dampfziegel
welche in d
hundertk
zehnte in B
Betrieb im
nisse einstel
den Befehl
über, welch
baues beschl

Wenn n
die weiten
Schönheit d
blüte freuer
dort, auf d
oder durch
junger Obst
meistens zu
sind inzwi
falls konnte
werden. —
in den leg
nicht. Es
Grundstücke
gibt sich all
Bäumchen
sterben sie b
verdorren.
seinem Aka
Jedermann
Terror sind
Jahre lang
der Täter
man, an H
Obstbäumche
nach einwan
gen, eine S
der Behörde
Schärfe des

Seine Familie mit dem Beil erschlagen

Firschenreuth (Oberpfalz), 29. April. Donnerstag früh hat der 32jährige Bäckermeister Anton Wild seine Mutter, seine Ehefrau und seine vier Kinder mit dem Beil niedergeschlagen. Das jüngste Kind war sofort tot, während die übrigen Opfer im Sterben liegen. Gegen 5 Uhr früh entfernte sich Wild aus der Backstube, nahm ein Handbeil und ging in seine Wohnung. Dort traf er seine 69jährige Mutter, die bereits angekleidet war. Er zertrümmerte ihr die Schädeldecke. Dann begab sich Wild in das Schlafzimmer, wo seine 36jährige Frau und seine Kinder im Alter von einem halben Jahr, 5, 6 und 8 Jahren, schliefen. Er fiel blindlings über die Schlafenden her. Das jüngste Kind wurde auf der Stelle getötet. Nach der Tat wollte Wild in einem in der Nähe liegenden Teich Selbstmord begehen. Als er jedoch bis zur Brust im Wasser war, kehrte er wieder um und setzte sich auf eine Bank im Park, auf der man ihn am Vormittag vollkommen gebrochen auffand. Bei seiner Vernehmung, die er vollkommen apathisch über sich ergehen ließ, gab er an, daß er unglücklich verheiratet sei, und sich schon seit langem mit dem Gedanken getragen habe, seine Familie und sich zu ermorden. Der Bevölkerung der ganzen Umgegend hat sich eine ungeheure Erregung bemächtigt.

Großfeuer in der New Yorker Flugzeughalle

New York, 29. April. Am Donnerstag brach auf dem Roosevelt-Flugplatz bei New York ein Großfeuer aus. Eine Flugzeughalle, in der sieben Land- und ein besonders wertvolles Wasserflugzeug untergebracht wa-

ren, brannte nieder. Der Gesamtschaden wird auf eine Million Mark geschätzt. Der starke Wind begünstigte das Feuer. Die Explosion der Benzintanks erschwerte die Löscharbeiten. Bei dem Versuch, die ihm anvertraute Maschine zu retten, wurde der ehemalige deutsche Kriegsfieger Karl Schneider verletzt, der jetzt Privatpilot des Multimillionärs Whitney ist. Er wurde mit schweren Brandwunden ins Krankenhaus geschafft. Sein Zustand ist bedenklich.

Schweres Flugzeugunglück in Brasilien

Rio de Janeiro, 29. April. Auf dem Flugplatz in Bahia ereignete sich ein schweres Flugzeugunglück. Ein Flugzeug, das

Millionen-Devisenschiebungen

Düsseldorf, 29. April. Der Umfang der Devisenschiebungen der festgenommenen Devisenschieber Erich Goldschmidt und Hans Spier, der in die Millionen gehen soll, kann von der Düsseldorf-Devisenbewirtschaftungsstelle noch nicht genau angegeben werden. Die jetzt aufgedeckten Schiebungen des Inhabers des Bankhauses Koop u. Co., Bankier S. Gottdiener, dessen Vermögensbeschlagnahme bereits durch das Amtsgericht angeordnet worden ist, sollen denen der beiden Festgenommenen im Umfang gleichkommen. Gottdiener konnte seiner Verhaftung in der vorigen Woche durch die Flucht ins Ausland entgehen. Die Vergehen beim Bankhaus Koop u. Co. sind wie die hiesige Devisenbewirtschaftungsstelle mitteilt, bei einer

Aus Nah und Fern.

Wiesloch, 29. April. (Der neue Landrat von Wiesloch.) Zum Nachfolger des als Polizeidirektor nach Baden-Baden versetzten Landrats Raumann-Wiesloch, wurde Landrat Karl Dold in Pfullendorf nach Wiesloch versetzt.

Waldorf, 29. April. (Verbrüht.) In einem unbewachten Augenblick zog das 14jährige Kind des Otto K. von hier den Kaffeepfopf vom Herd und goß sich den Inhalt über Brust und Arme, und verbrühte sich schwer. Lebensgefahr besteht vorerst nicht.

Eberbach, 29. April. (Niederlegung der Dampfziegelei.) Die hiesige Dampfziegelei, welche in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts errichtet worden war und Jahrzehnte in Blüte gestanden hatte, mußte ihren Betrieb infolge der schlechten Zeitverhältnisse einstellen. Die Dampfziegelei ging in den Besitz der Bezirksparkasse Eberbach über, welche die Niederlegung des Hauptbaues beschlossen hat.

Brief aus Rechardz.

Wenn man in unserer Gemeinde durch die weiten Fluren streift und sich an der Schönheit der bereits einsehenden Obstbaumblüte freuen möchte, so stößt man da und dort, auf durch frevelhafte Hand gebrochene oder durch Weibhieb gefällte, Baumkronen junger Obstbäume. Die Besitzer entdecken meistens zu spät die Frevel. Die Spuren sind inzwischen verweht und zu alt. Jedenfalls konnten die Täter bisher nie gefaßt werden. — Einem hiesigen Bürger wurden in den letzten Jahren 25 Obstbäume vernichtet. Es gelingt ihm nie mehr, auf seinen Grundstücken Obstbäume aufzubringen. Er gibt sich alle Mühe, aber während die Bäumchen beim Nachbarn herrlich wachsen, sterben sie bei ihm nach einiger Zeit ab und verdorren. Alle Sorgfalt ist vergebens, auf seinem Acker kommt kein Obstbaum hoch. Jedermann steht vor einem Rätsel. Diesem Terror sind die Obstbaumzüchter nun schon Jahre lang ausgesetzt, ohne daß man einen der Täter stellen konnte. Nun endlich hat man, an Hand der letzten Freveltat, (sechs Obstbäumchen wurde in einer Nacht gefällt) nach einwandfreien behördlichen Feststellungen, eine Spur ermittelt. Wir erwarten von der Behörde, daß sie dieses Mal die ganze Schärfe des Gesetzes anwendet und eine

empfindliche Strafe verhängt, damit diesen Rohlingen ein für alle Mal das Handwerk gelegt wird. Gleichzeitig erwarten wir von der Behörde, daß alle bisherigen Baumfrevel aufgegriffen werden. Der geplagte Landwirt und Steuerzahler hat ein Recht darauf, daß man ihm gegen solche Gewalttaten den behördlichen Schutz angedeihen läßt!

Der 21. Deutsche Feuerwehrtag in Karlsruhe.

Der 21. Deutsche Feuerwehrtag findet nach einem Zeitraum von 4 Jahren in den Tagen vom 5. bis 8. August in Karlsruhe statt. Zur Feststellung und Vorbereitung der Tagung hielt man im Rathaus in Karlsruhe unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Dr. Finter eine Sitzung des Hauptauschusses ab. Es wurden 10 Fachausschüsse gewählt, welchen die Vorarbeiten für die Organisation der trotz dem vielgestalteten Veranstaltung übertragen sind. Neben ersten Beratungen und belehrenden sachlichen Vorträgen, wird eine große, alle Gebiete des Feuerwehrtums, Lösch- und Rettungswesens umfassende, auch die historische Entwicklung des Feuerlöschwesens aufzeigende Ausstellung in der Karlsruher Ausstellungshalle und auf dem angrenzenden Freigelände besonderes Interesse finden. Eine große Schau- und Angriffsübung, sowie Einzelübungen örtlicher Wehren geben Proben der Schlagfertigkeit und modernen technischen Angriffsweise der deutschen Stadt- und Landfeuerwehren. In einem Festzug am Sonntag, den 7. August, wird der in der Feuerwehr stets gepflegte Geist der Hilfsbereitschaft und Kameradschaft ein machtvolles äußeres Bekenntnis ablegen. Daneben bleiben noch freie Stunden für Besichtigungen der zahlreichen Sehenswürdigkeiten der Stadt, für Rheinfahrten und Erholungsausflüge in den nahen Schwarzwald, den Odenwald, das Banat und in die weingeseignete Rheinpfalz. In den nächsten Tagen gehen an die deutschen und die im Ausland an der Tagung interessierten Wehren bezw. Landes- und Provinzial-Feuerwehrverbände Einladungen ab, denen Anmeldebogen zur Teilnahme, Bestellung der Teilnehmerkarten, Quartierkarten usw. beigefügt sind. Trotz der Nähe der Zeit darf mit einem starken Besuch der Tagung gerechnet werden.

von einem Inspektionsflug zurückkehrte, stürzte bei der Landung ab und wurde völlig zerstört. Der Gouverneur des Staates Parahyba sowie ein Inspektor und der Flugzeugführer wurden dabei getötet, zwei weitere Personen schwer verletzt.

Zusammenstoß zwischen Kraftwagen und Güterzug

Hannover, 29. April. Nach einer Mitteilung der Pressestelle der hiesigen Reichsbahndirektion fuhr am Mittwochabend ein aus Hannover stammender Lastkraftwagen auf einem unbewachten Bahnübergang der Strecke Celle-Plochhorst einem von Nienhagen kommenden Güterzug in die Flanke. Der Fahrer des Kraftwagens wurde schwer verletzt, der Beifahrer getötet. Ein Wagen des Güterzuges entgleiste mit einer Achse, der Kraftwagen wurde stark beschädigt.

Prüfung des Buchungs- und Kontenmaterials, sowie der Börsenabrechnungen aufgedeckt worden.

Fabrikant wegen Kapitalflucht verhaftet

Giabbach-Rhendi, 29. April. Nach einer Mitteilung der Justiz-Pressestelle ist der Fabrikant Colsmann am Mittwoch morgen unter dem dringenden Verdacht der Kapitalflucht verhaftet worden. Colsmann wird beschuldigt, beim Finanzamt eine falsche eidesstattliche Versicherung abgegeben zu haben, die den Besitz von ausländischem Kapital zum Gegenstand hatte. Die Höhe des Fluchtkapitals soll rund 200 000 Mark betragen. Die Firma des Colsmann, eine Baumwollspinnerei, beschäftigt zur Zeit noch 800 Arbeiter.

Zür 60 000 Mr. Goldbarren gestohlen

Reserich (Grenzmark Polen-Westpreußen) 29. April. In der Nacht zum Mittwoch wurde, wie erst jetzt bekannt wird, aus dem Sperrraum des polnischen Grenzbahnhofes Bentzen eine Kiste Gold entwendet, die aus Holland kam und für die polnische Staatsbank bestimmt war. Der Wert der gestohlenen Goldsendung beträgt 60 000 Mark. Der Tat verdächtig sind ein Zollbeamter und ein Eisenbahnarbeiter, die verhaftet wurden. Die gesamte Grenzpolizei und die Kriminalbeamten aus Posen wurden aufgeboten, um das Gold wieder herbeizuschaffen.

Rehkirch, 28. April. (Von einem schweren Unfall) wurde Friseurmeister August Koss betroffen. Er wurde auf der Straße schwerverletzt aufgefunden und ist wahrscheinlich von einem Auto überfahren worden. Sein Zustand ist lebensgefährlich.

Evangelische Jugendfürsorge. **Speyer**, 29. April. Die Kirchensammlung des Jugendsonntages (29. Mai) entfällt zur Hälfte an den evangelischen Verband für Kinderhilfe und soziale Fürsorge in Ludwigshafen und an das protestantische Jugendheim Diemerstein.

Annweiler, 28. April. (Eigenartiger Autounfall.) In der Nähe von Wilgartswiesen trug sich dieser Tage ein eigenartiger Autounfall zu. In der Dämmerung sprang plötzlich ein Rehbock in die Windschutzscheibe eines zum Glück in langsamer Fahrt befindlichen Personenkraftwagens. Der Fahrer desselben wurde durch Glasplitter verletzt, während der neben ihm sitzende 7jährige Sohn unverletzt blieb. Das Reh landete im hinteren Teil des Wagens, wo es mit gebrochenen Beinen und einigen Wunden am Kopf liegen blieb, so daß es getötet werden mußte.

Speyer, 28. April. (Noch keine Entscheidung in der Bierpreisfrage.) In der Frage der Bierpreisregelung für die Pfalz fand heute bei der Regierung der Pfalz unter dem Vorsitz von Oberregierungsrat Pöckerlein die angekündigte Besprechung der Vertreter des Gastwirtgewerbes und der Brauereien mit dem Beauftragten des bayerischen Preiskommissars, Regierungsrat Dr. Müller-München, statt. Die Verhandlungen

Die deutsche Sprache Amtssprache in Südwestafrica

Kapstadt, 29. April. Der gesetzgebende Ausschuss von Südwestafrica hat, wie aus Windhuk gemeldet wird, am Mittwoch in einer einstimmig angenommenen Entschliessung das Abkommen zwischen Südafrika und Südwestafrica bestätigt, das u. a. die Einführung der deutschen Sprache als gleichberechtigte Amtssprache neben dem englischen und holländischen vorsieht. Der gesetzgebende Ausschuss von Südwestafrica wird durch Verfassungsänderung seine Lebensdauer um ein Jahr verlängern, um die zur Durchführung der Abkommensbestimmungen nötigen gesetzgeberischen Maßnahmen treffen zu können.

Der neue Großfunksender Leipzig

Leipzig, 29. April. Der Großfunksender Leipzig, der 22 km südlich von Leipzig bei Wederau im Bau begriffen ist, wird der stärkste deutsche Sender werden. Er hat eine Antennenleistung im Ruhezustand von 120 Kilowatt, die bei stärkstmöglicher Beanspruchung auf 150 Kilowatt erhöht werden kann. Der Sender ist 70 Prozentig modularisiert. Der jetzige Leipziger Sender leistet 2 Kilowatt bei 50 Prozentiger Modulation. Von ganz besonderer Bedeutung bei diesem Senderbau sind die Sendertürme, die je 125 Meter hoch werden und in neuester Konstruktion, nämlich in Zellenbauweise Melker-Darmstadt, errichtet werden. Die Sendertürme sind auf einen Winddruck bis zu 215 kg/qm. eingerichtet. Der Sender, der voraussichtlich im September ds. Js. in Betrieb genommen werden kann, wird von der Mirag in Leipzig aus besprochen.

Aus der ev. Landeskirche.

Kirchensammlung für die Neuere Mission.

Die am Sonntag, den 10. Jan. 1932 erhobene Kirchensammlung hat eine Summe von 8879,52 RM. ergeben, die an die Ev. Missionsgesellschaft, Basel, den Bad. Landesverein des Allg. Ev. Protest. Missionsvereins, an die Ev. Missionsgesellschaft in Bethel, an die Missionsverwaltung der Ev. Bräuderunität in Herrnhut, an den Verwaltungsrat des Deutschen Instituts für ärztliche Mission in Tübingen und an das Syrische Waisenhaus in Jerusalem verteilt wurde.

Arbeiter und Angestellte, werbt Eure Kollegen für die NSBO!

brachten wiederum kein Ergebnis. Wegen über dem Wunsche der Gastwirtsvertreter, den Bierpreis für die kleinen Mäße etwas zu erhöhen, sprachen sich die Brauereivertreter für die Durchführung des Preisdikts aus. Die Entscheidung in der strittigen Frage wird nunmehr von München aus ergehen.

Die Finanzierung der 750-Jahrfeier in Waldsibschbach.

Waldsibschbach, 28. April. Der Ausschuss zur Vorbereitung der 750-Jahrfeier trat im Sitzungssaale des Rathauses zusammen, um sich über die Aufmachung des Festzuges schlüssig zu werden. Da die Finanzverhältnisse der Gemeinde — wie überall — nicht gerade als rosig zu bezeichnen sind, hat man sich entschlossen, an die Waldsibschbacher Bevölkerung einen Aufruf zur Zeichnung freiwilliger Spenden zu erlassen.

Eine Gemeinde sperrt den Zugang.

Höheind, 28. April. Der Gemeinderat hat einstimmig beschlossen, zukünftig den Zugang fremder Personen und Familien nicht mehr zu gestatten. Die gewaltigen finanziellen Anforderungen, die die Arbeitslosenfürsorge an die Gemeindekasse stellt, hat den Gemeinderat zu diesem Beschlusse gezwungen. Zugangserlaubnis erhalten nur noch Facharbeiter und solche, die eine Daueregistrierung innerhalb der Gemeinde nachweisen können.

Die Wettervorhersage

Samstag: Wolzig bis heiter, meist östliche und südliche Winde.
Sonntag: Heiter, tagsüber recht warm.

Severing macht Schule!

Bürgermeister Diehm-Dertingen entfernt nationalsozialistischen Zeitungskasten

Der Zeitungskasten ist oft — wenn eine „hohe Regierung“ es für nötig hält, einen politischen Burgfrieden zu diktieren — die einzige Stelle, von der aus man die Bevölkerung über unsere Meinung in Kenntnis setzen kann. Darum sind Zeitungskasten besonders in politisch bewegten Zeiten von vielen Menschen umlagert und jeder, der sich aus finanziellen Gründen keine Zeitung halten kann, kann hier stets das Neueste lesen. Aus diesem Grunde hat die Bezirksleitung der NSDAP im Bezirk Wertheim veranlaßt, daß in fast allen Orten des Bezirks solche Kästen angebracht wurden.

Wenn nun gerade in unserer Zeitung ein Artikel oder eine Notiz aus dem betreffenden Ort steht, dann ist es doch ganz selbstverständlich, daß unsere dortigen Parteigenossen diesen Artikel nicht etwa zuhören, weil er vielleicht dem oder jenem nicht angeht, sondern im Gegenteil denselben noch so arifreich, damit er allen Vorbeigehenden sofort ins Auge fällt. Das muß doch jedem vernünftigen Menschen einleuchten. Und wenn nun ein Bürgermeister eines Ortes, der sich am 10. April zu

96 Prozent

zu Adolf Hitler bekannte, sich ausgerechnet berufen fühlt, den Hindenburg-Ausschuß mit seinem Namen zu verschönern, dann muß er eben auch damit rechnen, daß diese Tatsache eines schönen Tages mit einer entsprechenden Kritik versehen in unserer Zeitung festgesetzt wird, selbst wenn der Bürgermeister Andreas Diehm heißt und in Dertingen wohnt. Das ist überall so und wir wissen nicht, was unsere Gegner in ihren Zeitungen schreiben würden, wenn das Gegenteil der Fall wäre.

Das „öffentliche Ärgernis“

Am 9. April — also am Tage vor dem zweiten Wahlgang — erschien in der „Volks-gemeinschaft“ und im „Hakenkreuzbanner“ ein Artikel mit der Ueberschrift „System-treue Bürgermeister“, in dem in sachlicher Weise festgestellt wird, daß sich der Dertinger Bürgermeister dem Hindenburg-Ausschuß angeschlossen hat, und daß demnach 96 Prozent der Dertinger Bevölkerung gegen ihn stehen. Dieser Artikel wurde am gleichen Tag in unserem Dertinger Zeitungskasten, der schon seit Monaten am Gemeindehaus (Milchsammlerstelle) angebracht ist, ausgehängt.

Das verursachte bei Bürgermeister Diehm einen Wutanfall, der zum Ausbruch kam,

als er gerade einen unserer Dertinger Parteigenossen am 11. April zu sich gerufen hatte. Diesem machte er einen furchtbaren Krach und forderte die Entfernung des Kastens. Er hatte aber umsonst geschrien. Der Kasten blieb hängen. Daraufhin erhielt der Ortsgruppenführer, Pg. Straus, folgendes Schreiben, das wir im Wortlaut wiedergeben:

Dertingen, 18. April 1932

Bürgermeisteramt
Dertingen.

An Herrn

Ludwig Straus, Mehger,
Ortsgruppenführer der NSDAP,
Ortsgruppe Dertingen.

Hier.

Nachdem eine mündliche Aufforderung durch den Polizeidiener am 11. ds. Mts. den Kasten am Gemeindehaus Milchsammlerstelle zu entfernen fruchtlos blieb, werden Sie hierdurch nochmals aufgefordert denselben innerhalb 24 Stunden zu entfernen. Sollte dieser Aufforderung nicht stattgegeben werden, so ist man gezwungen die Staatsaufsichtsbehörde in Anspruch zu nehmen.

Gründe:

Es wurden schon mehrfach ärgerniserregende Artikel darin veröffentlicht, so gar am 10. April durch einen Artikel im Kampfblatt die „Volks-gemeinschaft“ v. 9. ds. Mts. wurde die Person des Herrn Bürgermeisters verlegend angegriffen, was unter keinen Umständen mehr geduldet werden kann.

Bürgermeisteramt:
gez. Diehm.

Wer lacht da nicht? Man stelle sich vor: In einem Zeitungskasten eines Ortes hängt ein Artikel, der der Ansicht von 96 Prozent der Bevölkerung entspricht und in dem nur Tatsachen festgestellt werden, die jedes verlegenden Angriffes entbehren, und dann kommt der Herr Bürgermeister Diehm und schreibt von einem „ärgerniserregenden Artikel“, in dem „die Person des Bürgermeisters“ verlegend angegriffen wird. Herr Bürgermeister Diehm hätte sich vor einer großen Blamage bewahren können, wenn er die Feder zu diesem Brief nicht gespitzt hätte. Würde der Artikel Unwahrheiten enthalten, dann wäre ihm ja der Weg der Klage offen gestanden.

Am gleichen Tage schrieb der Ortsgruppenführer in seiner Antwort, daß er keine Veranlassung habe, den Kasten zu entfernen,

und daß er die Entscheidung hierüber dem Gemeinderat überlasse.

Die Aktion

Am Donnerstag, den 21. April erschienen 2 Gendarmeriebeamte aus Wertheim in Dertingen. Der Ortsgruppenführer, der gerade auf dem Felde war, wurde herbeigeholt. Ganz Dertingen war auf den Beinen, nur der Herr Bürgermeister hatte es vorgezogen, sich die Sache aus einiger Entfernung anzusehen. Die Straßen standen voll Menschen, als der „große Staatsakt“ vor sich ging. Unser Zeitungskasten wurde heruntergemacht und ins Rathaus getragen. Erst, nachdem schon alles fertig war, kam Bürgermeister Diehm vom Felde zurück und mußte durch die Spalter bildenden Parteigenossen seinen Weg nehmen. Eisige Stille herrschte, als er vorbeiging, und wir glauben, daß das für ihn mehr bedeutet, als viele Worte. Das bedeutet nichts weniger als: Dertingen hat mit seinem Bürgermeister Schluß gemacht! Es will fürderhin nichts mehr mit ihm zu tun haben. Ihn und die Bevölkerung trennen Gegensätze, die nicht mehr zu überbrücken sind.

Bürgermeister Diehm wird in Zukunft auf keine Rücksichtnahme unsererseits mehr zu rechnen haben. Und wenn er glaubt, durch kleinliche und engstirnige Schikanen unserer Bewegung Schaden zu können, dann läuscht er sich gewaltig. Der Zeitungskasten wird wieder im Straßenbild Dertingens erscheinen und wir werden uns auch erlauben, uns auch weiter in der „Volks-gemeinschaft“ und im „Hakenkreuzbanner“ mit seiner Person zu beschäftigen, wenn immer es uns notwendig erscheint. Und wenn die Artikel für ihn „ärgerniserregend“ sind, dann ist das für uns nichts weiter als ein Lob. Und wenn er vor Wut bersten möchte, dann werden wir an jedes Scheunentor von Dertingen diesen Artikel hängen und werden nicht eher ruben, bis Dertingen den Bürgermeister hat, der seiner Bevölkerung entspricht.

Phylar.

10 Aufnahmen für die Hitler-Mädelsgruppe in Hoffenheim

Zahlreiche Mädchen und Frauen folgten am Sonntag, den 17. April, der Einladung der NS. Frauenstaff (Frauenorden). Frä. Klein, Heidelberg, sprach mit überzeugenden Worten über „Die Frau und der Nationalsozialismus“. Klar umriss sie die Aufgaben der Frau im nationalsozialistischen Staat. Die Frau muß her-

ausgerissen werden aus den Fesseln ihrer heutigen „Freiheit“ und der „Gleichberechtigung der Geschlechter“ und wieder ihrer ureigensten Aufgabe zugeführt werden: Mutter, Trägerin der Familie und deutschen Volkstums zu sein! Mehr als der reiche Beifall lohnte der Eintritt von zehn deutschen Jung-Mädchen in die Mädchen-gruppe des Frauenordens die von echt deutschem Geiste getragenen Ausführungen der jungen Rednerin. Weiterkämpfen für wahres Deutschtum heißt die Parole auch für die Hoffenheimer Jugend!

Rundfunk-Programm

für Samstag, den 30. April.

Heilsberg: 16.05 Blasmusik. 18.10 Esperanto. 18.30 Memelgebiet. 18.55 Weltmarkt. 19.05 Italienische Kammermusik. 19.40 Kalender-vorpra. 19.50 Monatschau. 20.25 Blasmusik. 22.30 Hamburg: Walpurgisnacht auf dem Brocken.

Königswasserhausen: 16.00 Offizieländer. 16.30 Konzert. 17.30 Nimmst du Krebs zu? 17.50 Funktechnik. 18.05 Wochenchau. 18.30 Memelgebiet. 18.55 Deutsch. 19.15 Englisch. 19.35 Flucht aus der Zeit. 20.00 Köln: Lustiger Abend. 22.30 Hamburg: Walpurgisnacht auf dem Brocken.



Millionen Radio-Besitzer bringen tägl. neue Freu... Ich führe nur die besten Fabrikate wie Mende, Siemens, Selbst usw. — Kostenlose Vorführung in Ihrem Heim.

HOCHSTEIN Musik- und Radiohaus, Hauptstr. 85, Telefon Nr. 555. Besondere Vorführungsräume. Verlangen Sie Kataloge oder meinen Besuch.

Mühlacker: 16.30 Liebeslieder. 17. Konzert. 18.25 Wirtschaftskörper. 18.50 Himalaya-Expedition. 19.45 Oberst Lawrence. 20.30 Banter Abend. 22.45 Walpurgisnacht.

München: 16.10 Konzert. 17. Jungmädchenstunde. 17.35 Uebertragung aus Allötting. 19.20 Konzert. 20. Konzert. 21. Banter Abend. 22.45 Nachtmusik.

Wien: 16. Jugendbühne. 16.50 Schottland. 17.20 Blasmusik. 18.20 Sittengesetze und Gemein-schaft. 18.50 Aktuelles. 19.30 W. v. Molo. 20. Konzert. 22. Tanz.



Jeder Leser wirbt einen neuen Abonnenten



Copyright 1930 by Gerhard Stalling A.-G., Oldenburg i. O.

92. Fortsetzung.

Überall klebten Plakate, die schließlich in deutlicher Sprache den Sturz der kriegs-lüfternen Regierung, „insbesondere des Außen- und Finanzministers“ verlangten. Als es dann auch noch zu Unruhen, ja Zusammenstößen mit nationalen Verbänden gekommen war, hatte die Regierung im Reichstage ein Gesetz eingebracht, nach welchem das Reichsbanner und alle pazifistischen Organisationen aufgelöst werden sollten. Jede pazifistische Beteiligung in Wort oder Schrift wurde unter schwere Zuchthausstrafen gestellt. Hierüber kam es zum Ausbruch der lange schwebenden Krise. Demokraten und ein Teil des Zentrums stellten sich mit Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die Regierung, die für ihr Gesetz eine Zweidrittelmehrheit verlangte. Der Reichstag — nicht gerade arm an würdelosen Zusammenstößen — erlebte seinen schwärzesten Tag. Reichsinnenminister Lünneburg, der für den angeblich erkrankten Kanzler die Forderung der Regierung vertrat, hatte einen schweren Stand. Mörder, Monarchisten, Volksverderber — das waren die noch harmloseren Worte, die zur Regierungsbank hinaufflogen. Als der Präsident des Reichstages dann

schließlich die Abstimmung glücklich vornehmen lassen konnte und das Resultat bekannt wurde, ging ein Hohnlachen der pazifistischen Brüder durch das Haus. Gelassen hatte Minister Lünneburg sich dann noch einmal erhoben und im Namen des Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages verfügt — das Hohnlachen war jäh verstummt. Einen Augenblick lag tiefe Stille über dem überraschten Hause, dann brach vor leeren Regierungsbänken ein Tumult los, der in ein Handgemenge zwischen rechts und links ausgelaufen wäre, wenn nicht im gleichen Augenblick Polizei höflich aber bestimmt die Herren Abgeordneten hinausbesördert hätte.

Am nächsten Tage verkündeten die Morgenzeitungen, daß der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die vollziehende Gewalt an den Reichswehrminister Straß übertragen habe. Die Artikel der Reichsverfassung 114 (Persönliche Freiheit), 115 (Unverletzbarkeit der Wohnung), 117 (Brief- pp. Geheimnis), 118 (Pressfreiheit) und 123 (Versammlungsfreiheit) wurden durch die gleiche Verordnung außer Kraft gesetzt.

Ein Aufruf des Generals Straß klebte an allen Anschlagstulen, auf Bahnhöfen in Stadt und Land und ermahnte das Volk. „In dieser Stunde, in der es um Sein oder Nichtsein Deutschlands geht, bin ich gewillt, im Einvernehmen und in enger Zusammenarbeit mit dem neuernannten Reichskanzler Wessel Deutschlands Geschick mit fester Hand zu leiten.“

Starke Teile des Bundes „Deutsche

Freiheit“ wurden mit Waffen ausgerüstet, vereidigt und der Polizei angegliedert. Ihre Patrouillen durchzogen die Straßen, duldeten auch die geringste Ansammlung nicht, befehlten Fabriken, in denen Unruhen sich bemerkbar machten, begleiteten Züge und Transporte, waren in ihren braunen Hemden überall zu sehen und gaben sofort der Bürgerschaft das Gefühl unbedingten Vertrauens.

Weitere Verordnungen folgten noch am gleichen Tage. Die Kommunistische Partei wurde aufgehoben, jede Betätigung im Sinne des Kommunismus unter schwere Zuchthausstrafen gestellt. Auf der Tat gefaßte Agitatoren waren Standgerichten zur Aburteilung zu überweisen, die bei jedem Garnisonkommando errichtet wurden. Solchen Agitatoren war die Todesstrafe durch Erschießen angedroht. Gleiche Strafen waren für Störungen von Transporten und Nachrichtenverbreitungen festgesetzt. Schließlich hatte Wessel ein Streikverbot erlassen.

„Wer zur Niederlegung der Arbeit auffordert, wird mit dem Tode bestraft. In Hinsicht auf die Notlage des Vaterlandes hat jeder Deutsche die Pflicht, an seiner Arbeitsstelle weiterzuwirken. Das Streikrecht wird aufgehoben. Bei wirtschaftlichen Fragen entscheidet der Reichsarbeitsminister verbindlich für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wer aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen seine Arbeitsstätte verläßt, ist wegen Hochverrats zu bestrafen.“

Das neue Kabinett war versammelt. Reichskanzler Wessel, der das Außenministerium beibehalten hatte, war im Begriff, die seit Stunden dauernde Sitzung aufzu-

heben. Neben ihm saßen Straß und Lünneburg, gegenüber Finanzminister Scharf. Zu diesen bewährten Männern hatte der Reichspräsident auf Vorschlag Wessels eine Reihe anderer zugezogen, die lange für den nun eingetretenen Fall vorausbestimmt waren und deshalb nicht ganz fremd ihren neuen Amtlern gegenüberstanden.

Noch einmal wandte sich Wessel an den neuen Reichsarbeitsminister von Wildbrandt. „Länger als drei Tage kann ich Ihnen nicht Zeit geben. Es kommt darauf an, ungefümt möglichst viele Arbeitslose von den Straßen fortzujagen und sie in geregelte Arbeitsverhältnisse zu bringen. Sie finden vorbereitete Pläne dazu bei Ihrem Ministerium. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, unsere Finanzen zu entlasten und die Ruhe, die wir dringend nötig haben, auf die Dauer anrechtzuerhalten.“

Reichswehrminister Straß erhebt sich. „Darauf kommt es in der Tat jetzt vor allem an. Ich denke, daß das Reichswehrministerium Ihnen Ihre große Arbeit sehr bald dadurch erleichtern wird, daß es erhebliche Teile der in nationalen Verbänden organisierten Arbeitslosen für sich in Anspruch nimmt. Auch das dürfte in längstens drei Tagen klar zu übersehen sein. Jedenfalls bitte ich um enge Zusammenarbeit der betreffenden beiderseitigen Ressorts.“

Wessel bebt die Sitzung auf. „Meine Herren — nun an die Arbeit. Ob Deutschland leben wird, das, meine Herren, hängt von dieser Arbeit ab.“

(Fortsetzung folgt.)

W

Das etwa... feren Abg. und vom Zentrum hat es haupt... Vorfall im... verfahren... draugen im... Staats... zwungen, auf... mal einzu... würde dem... Teutonentre... orakelle dar... heißt, aber... Staatspräsi... Die Reibe...

Der Begri... eine halbe... Das Kultu... Genehmigung... rens gegen... Der Zent... namens des... Genehmigung... Bod (AP... punkt bekann... Bauer (D... ter Sonderre... ihm zur Einl... Aber auch... freien Meinu... lasse sich das... Minister... Kraft werde... herung belan... rungen in de... führungen au... Parlament le...

Pg. C... Die Ausfü... Widerspruch... schuß. Dort... ob die gefir... Kraft im La... stand eines... (Zuruf des... Er erhält das... fassung schin... belonderen... selbst gültig... anderen. Ab... sen, daß die... über sei.

Minister... schen Abgeord... geschäft. Pg. Sch... des Ministers... Welt schaffen... des Ministers... Widerspruch... Bei der...

Abrechnung

21. Sitzung. Sofort... Köhler das... nerischen Ang...

Was sich... tag abspielt... sprache. W... sonst nicht... war eine... Vert... allerdings... Unserer... zu all den... Stellung ne... litische Part... kes herabzufe...

Eine Tatf... am Orabe... wird besser... gibt zu, daß... lateins ange... sparen zu mü... samkeitsspolit... Diese kommt... dern weil ma... man nichts... sochen. Wenn... Pampwickhof... bat er es nur... we...

Alles wegen der „Teutonentreue“ Disziplinarverfahren gegen Prof. Kraft — Ministererklärungen

Das erwartete Disziplinarverfahren gegen unseren Abg. Prof. Kraft ist prompt eingeleitet und vom Landtag genehmigt worden. Das Zentrum hat es eilig in solchen Dingen. Zwar behauptete Minister Dr. Baumgartner, der Vorfall im Landtag habe mit diesem Disziplinarverfahren nichts zu tun, aber wer glaubt das draußen im Land?

Staatspräsident Dr. Schmitt fühlte sich gezwungen, auf die Vorfälle vom 28. April nochmals einzugehen. Wer aber erwartet hatte, er würde dem Haus die Bedeutung des Zitates: „Teutonentreue“ erklären, sah sich getäuscht. Er erklärte darüber: „Sie wissen nicht, was das heißt, aber ich weiß es.“ Wie auch, Herr Staatspräsident!

Die Reihe der Prominenten fehlt der Zen-

trums-Statrat Heinrich, mit einer für seine Körpergröße fast zu starken Lebhaftigkeit fort. Der Inhalt seiner Rede läßt die Vermutung aufsteigen, daß sich das „Volk der Dichter und Denker“ in seinem Munde nicht ganz zufällig in „das Volk der Dichter und Trümer“ verwandelt. Die Tätigkeit der badischen Polizei hat ihn so begeistert, daß er dem Minister begeistert zurief: „Sorgen Sie dafür, daß es weiter so bleibt!“ Mit Hilfe des Gummihüppels wohl?

Im Verlauf der weiteren Aussprache mußten sogar die Redner der Sozialdemokratie und der Volkspartei die Erfolge der Nationalsozialisten anerkennen.

Ein bemerkenswerter Fortschritt!

Herung der Ernährung begründet. Wie richtig das war, beweist die Tatsache, daß man heute für die Schwarzwaldbauern Lebensmittel tauschen muß.

Man hat behauptet, wir hätten die Städte aushungern wollen. Es wäre zu einer Zerstörung solcher Städte gekommen, die sich in Händen der Kommunisten befunden hätten, wenn die legale Staatsgewalt versagt hätte.

Man hat die Sportstätten in Berlin, die Rollen in München auch nicht mit Äpfeln beschoffen.

Maßnahmen gegen eine eventuelle kommunistische Erhebung wären unsere Pflicht gewesen.

Sitzungsbericht: Donnerstag morgen

Der Beginn der Sitzung verzögert sich um eine halbe Stunde.

Das Kultusministerium hat den Antrag auf Genehmigung eines förmlichen Dienststrafverfahrens gegen den Abg. Prof. Kraft gestellt.

Der Zentrumsabgeordnete Diefel beantragte namens des Geschäftsordnungsausschusses die Genehmigung.

Böck (KPD.) gibt seinen ablehnenden Standpunkt bekannt.

Bauer (DN.): Man wolle die Beamten an der Sonderrecht stellen. Die ganze Aktion scheint ihm zur Einschüchterung der Beamten bestimmt. Aber auch der Beamte müsse das Recht der freien Meinungsäußerung haben. Er persönlich lasse sich das jedenfalls nicht nehmen.

Minister Dr. Baumgartner erklärte, Prof. Kraft werde nicht wegen seiner gestrigen Äußerungen belangt, sondern wegen seiner Ausführungen in der Karlsruher Festhalle. Die Ausführungen auch des Beamten-Abgeordneten im Parlament seien geschildert.

sozialisten, Deutschnationale und KPD, gegen die Entreechtung des Abgeordneten Prof. Kraft.

Das Haus hört dann die kurzen Berichte über die Behandlung der Anträge auf Auflösung der SA. und SS., Verbot von Umzügen und Versammlungen unter freiem Himmel, Aufhebung des Demonstrationssperrets am 1. Mai.

Staatspräsident Dr. Schmitt behauptete, er habe gestern weder Personen noch Parteien der Charakterlosigkeit gesehen, sondern nur das nationalsozialistische „Spiegel“-System. Der Zusage des Abg. Kraft habe ihm persönlich gegolten. Das Wort „Teutonentreue“ habe sich auf ihn bezogen. „Sie wissen nicht, was das heißt, aber ich weiß es.“

Staatsrat Heinrich verlangte die Amtsenthebung des Vg. Prof. Kraft.

Er kommt dann auf die allgemein- und wirtschaftspolitische Lage zu sprechen, an der alles andere schuldig ist, nur nicht das Zentrum.

Staatsrat Rüdert (SPD.): Die badische Koalition habe die Straßen von rechtsradikalen, uniformierten Horden „gefärbt“. Das sei ihr Hauptverdienst. Das Vorgehen der Justiz gegen die NSDAP. ist ihm noch nicht scharf genug.

Den Erfolg der Nationalsozialisten müsse man anerkennen.

Die SPD. sei aber entschlossen zum Kampf gegen die NSDAP. (Huh!)

Berggöhl (Co. Vd.): Die Schuld an den heutigen Zuständen habe nicht nur der verlorene Krieg. Er fordert rücksichtslosen Kampf gegen den Sittenverfall in Deutschland.

Dr. Waldeck (DN.): Dem Zufall eines späteren Wahltermins bedanke es Baden, daß es heute noch eine Koalitionsregierung mit absoluter Mehrheit habe. Koalition heiße Verständigung.

Er bestreite der nationalsozialistischen Bewegung nicht, daß sie von einem mächtigen nationalen Impuls getragen sei, der der Nation dienlich gemacht werden könne und müsse. Dazu müsse sie sich aber mit anderen verbinden.

Vg. Schmitt, Bretten, verwahrt sich am Schluß gegen unwahre Behauptungen des Staatsrats Rüdert.

Schluß 1.30 Uhr. Fortsetzung 3.30 Uhr.

Hochverrat?

Der „Hochverräter“ Pleich wurde im Februar einmal vernommen, seitdem nie wieder. Somit scheint sein „Verbrechen“ vom Reichsgericht nicht so schlimm eingeschätzt zu werden, sonst hätte man ihn — meiner Meinung nach — mindestens in Ketten nach Leipzig transportiert.

Die Druckschrift der badischen Regierung „agrarpolitische Apparat der NS.-a.P.“ würden wir gerne in Massen im Lande verbreiten.

Regierung und Beamte

Aber alle diese von der Regierung vorgebrachten Dinge hatten ja nur den Sinn, das beabsichtigte Vorgehen der badischen Regierung gegen die nationalsozialistischen Beamten zu untermauern.

In der Regierungserklärung habe ich zu sagen, daß ich mich wunderte, diese aus dem Munde des Staatspräsidenten zu hören, der ja selbst aus dem Beamtenstand hervorgegangen ist. Wenn es ein anderer Minister gewesen wäre, hätte ich das einer mangelnden Kenntnis der Dinge zugute halten können.

So aber ist es die größte Beleidigung, wenn ein Minister, der selbst Berufsbeamter ist, erklärt, die nationalsozialistischen Beamten hätten ihre Pflicht nicht erfüllt. Ich weise das ganz entschieden zurück. (Zuruf des Minister Schmitt: „Disziplinarverfahren.“) Ein Disziplinarverfahren ist noch kein Beweis, Herr Minister, mit dem man tausende Beamte beleidigt.

damit unsere Parteigenossen ebenfalls „die aufsehenerregenden Mitteilungen“ der badischen Regierung kennen lernen. Für uns wäre das kein Schaden.

Die falschen Behauptungen über den Hittlerputsch in München, weise ich ganz entschieden zurück! Hittler hat sein Ehrenwort nicht gebrochen!

Wenn Herr Dr. Föhr hier den Rathenau-Mord ansieht, so ist festzustellen, daß solche politische Affentate wie der Rathenau- und Erzbergermord nicht mehr vorgekommen sind, seit Adolf Hittler die deutsche Jugend in Massen organisiert hat.

Wir haben erklärt, uns das Recht auf die Masse erkämpfen zu wollen, in dem Sinn, daß auch wir das Recht jedes Staatsbürgers haben wollten, auf der Straße für unsere Idee zu werben.

Dieses Recht haben wir aus den Händen der Rosen jurückerobert, die vorher allein das Recht auf die Straße behauptet und dort ihren Terror ausgeübt hatten.

Die Volkspartei hätte dies allerdings nicht fertig gebracht.

Die Saalschlacht in Weinheim war von den Kommunisten vorbereitet und organisiert. Sie sind bei dieser Gelegenheit von der Polizei abrigens sehr glimpflich behandelt worden.

Die Sprengstoffaffentate sind auch zitiert worden. Dabei ist in Baden-Baden ein Kanonenschlag zur Explosion gebracht worden (Lachen.)

viele badische Gemeindeverwaltungen von einem solchen Vorgehen entschieden abgerückt sind.

Ich nenne Bernsbach, Offenburg, Singen, Pforzheim usw.

Die Legalität der NSDAP. wurde vom Reichsgericht festgestellt und vom Reichsminister Groener bestätigt durch die Zulassung von Nationalsozialisten zur Reichswehr. Die Auflösung der SA. und SS. wurde nicht wegen nachgewiesener Illegalität verfügt, sondern wegen einer für die Zukunft befürchteten eventuellen Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung.

Vg. Köhler zum Etat

Ich komme nun zum Etat. Dabei verweise ich hauptsächlich auf die ungeheure Kollage der Gemeinden.

Man sollte jetzt den Gemeinden nicht deswegen Vorwürfe machen, weil einzelne bewilligungsfreudige Bürgerausschüsse schlecht gewirtschaftet haben, denn das haben auch diejenigen getan, die im Land und Reich die Verantwortung hatten.

Wie schlecht die Gemeinden daran sind, beweist das Beispiel, daß die Reichssteuerüberweisungen des Staates um 34 Prozent, die der Gemeinden um 66,66 Prozent zurückgegangen sind. Dazu kommen die ungeheuren Fälligkeiten. Die Zinsen, die letztes Jahr von den Gemeinden verlangt wurden, betragen teilweise 18 Prozent. Wenn das so weiter geht, werden die Gemeinden ihren Bankrott ankündigen müssen.

Nationalsozialisten und Beamte

Ich erkläre hier feierlich und parteiamtlich: Die Beamten, die von der badischen Regierung wegen ihrer Zugehörigkeit zur NSDAP. verfolgt werden, denen finanzielle Schädigungen zugefügt werden, sind des aufrichtigen Mitgeföhls der NSDAP. sicher. Wir werden alles das wieder gut machen, was diesen Beamten zugefügt wurde.“

Die badischen Gemeindebeamten sollen ebenfalls verfolgt werden. Erfreulich ist, daß

„Ritterlichkeit“

Man muß ich zurück zur Politik. Man hat uns vorgeworfen, wir Nationalsozialisten hätten den gebälligen persönlichen Kampf eingeföhrt.

Nun sehen wir uns mal die Vorkriegszeit an. Damals gab es keine Nationalsozialisten. Wie der „Badische Beobachter“ damals den Tod Bebels kommentierte, spottet jeder Beschreibung.

Vg. Köhler zitiert nun Ausführungen des „Badischen Beobachter“ von 1913 und des „Volksfreund“ von 1913. Ebenso wird das Urteil des katholischen Pfarrers Hansjakob über die Kampfmethode des Zentrums zitiert.

„Die Kampfmethode des politischen Katholizismus stehe mit dem 8. Gebot: Du sollst nicht lügen, in schreiendem Widerspruch.“

In Offenburg ist zur Vorkriegszeit ein politischer Prozeß geführt worden, in dessen Mittelpunkt der heutige Zentrumsabgeordnete Seubert gestanden hat. Dieser politische Prozeß ist das drechigste gewesen, was man sich denken und vorstellen kann.

Vg. Schmitt, Bretten

Die Ausführungen des Ministers stehen im Widerspruch zu seinen Ausführungen im Ausschuß. Dort sagte er, es müsse geprüft werden, ob die gestrigen Äußerungen des Vg. Prof. Kraft im Landtag nicht ebenfalls zum Gegenstand eines Disziplinarverfahrens geeignet seien. (Zuruf des Vg. Wagner: „Zentrumsföphie!“ Er erhält dafür einen Ordnungsruf.) Die Verfassung scheine den Parteien, die sich als ihre besonderen Schöhler ausspielen, nur noch für sie selbst gültig zu sein, nicht aber gegenüber den anderen. Aber der letzte Sonntag habe bewiesen, daß die Zeit dieser Herrschaften bald über sei.

Minister Baumgartner: Privatgespräche zwischen Abgeordneten im Sitzungslokal seien nicht gesöhlt.

Vg. Schmitt, Bretten: Die längste Rede des Ministers könne die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß zwischen den Ausführungen des Ministers im Ausschuß und im Plenum ein Widerspruch klappe.

Bei der Abstimmung stimmen nur National-

Die Nachmittagsitzung:

Abrechnung mit der Irreföhhrung der Öffentlichkeit durch die schwarz-roten Regierungsparteien

21. Sitzung, Donnerstag 28. April, 3.30 Uhr. Sofort nach Beginn der Sitzung erhält Vg. Köhler das Wort zur Erwidrerung auf die gegenwärtigen Angriffe.

Köhler spricht

Was sich augenblicklich im Badischen Landtag abspielt, ist eine „große politische Aussprache“. Man muß es sagen, weil man es sonst nicht merkt. Was bisher geboten wurde, war eine Verdächtigung der NSDAP., allerdings mit unzulänglichen Mitteln.

Unserer Meinung nach hätte die Regierung zu all den brennenden Fragen der Gegenwart Stellung nehmen müssen, anstatt eine große politische Partei, große Teile des badischen Volkes herabzusetzen.

Illusionen

Eine Tatsache ist, daß die Brüningsparteien am Grabe ihrer Habe stehen. Die Illusion: „Es wird besser und besser“ ist verlogen, und man gibt zu, daß man heute am Ende des Regierungslateins angekommen ist. Man gibt auch zu, sparen zu müssen. Aber das, was man Sparpolitikspolitik nennt, ist etwas ganz anderes. Diese kommt nicht aus einem Spartrieb, sondern will man nicht mehr anders können, weil man nichts mehr hat. Das sind die realen Tatsachen.

Wenn Herr Brünning sich rühmt, mit der Pampwirtschaft Schluß gemacht zu haben, so hat er es nat., weil ihm in ganz Europa

niemand mehr etwas gab.

Bei den letzten Etatberatungen noch war der jetzige Minister Dr. Matthes der Meinung, diese Jahre würden einen wirtschaftlichen Wiederaufstieg bringen, und man könne deshalb die Steuererträge höher einsehen. Wir Nationalsozialisten waren anderer Meinung und haben recht behalten.

Die Staatspolitik ist die verkehrteste, die den Staatsbürger wirtschaftlich abschlägt.

Das erkennt nicht nur der Politiker, sondern jeder vernünftige Mensch. Dabei sind die Reparationen bisher restlos aus gepumptem Geld bezahlt worden. Diese Tatsachen brachten das starke Anwachsen der NSDAP. mit sich. Wir hatten im Jahre 1928 26 000, 1929 65 000, 1930 226 000, am 13. März 1932 385 000 und am 10. April 1932 439 000 Stimmen.

Wir sind die stärkste badische Partei geworden, sind stärker als das Zentrum.

Und nun hört man dieser Tage zum „großen Schlag“ gegen die NSDAP. aus „Aufsehenerregenden Mitteilungen“ schreibt man über die Darstellung des agrarpolitischen Apparats der NSDAP. Allerdings scheint sich das Zentrum darüber klar gewesen zu sein, daß keine besonderen Forderungen dabei zu ernten waren. Deshalb hat es auch nicht die „erste Garnitur der Redner“ vorgeföhrt.

Zunächst weisen wir die Behauptung zurück, es habe sich um eine Beheimorganisationshandlung gehandelt. Das ist nicht der Fall.

Dann hat man uns vorgeworfen, wir hätten den Bauern empfohlen, die Ernte zurückzuhalten. Wir haben das mit der Sorge um die Si-

Alarm!

Wenn die schwarz-roten Parteien sich solange halten konnten und trotz ihres Volksbetrugs noch Millionen deutscher Menschen ihnen nachlaufen, so ist dies nur ein Erfolg ihrer Presse und ihrer sogenannten „neutralen“ Helfersbelfer. Wie schwer ist es Ihnen doch zum Beispiel in den letzten Wochen gefallen, alle die Lügen über den Führer unserer Freiheitsbewegung und über die Bewegung Volksgenossen gegenüber richtig zu stellen, die im Banne dieser Presse standen. Das „Hakenkreuzbanner“ und „Die Volksgemeinschaft“ haben jede

Alarm!

Lüge der gegnerischen Presse sofort widerlegt. Wenn unsere Richtigstellung dennoch von Ihnen selbst oft unter schweren Mühen an den Mann gebracht werden konnte, so liegt dies daran, daß unsere Presse trotz der Stärke unserer Bewegung nur einen Bruchteil der uns gegenüber stehenden Zeitungsmacht des Gegners ausmacht. Sie werden es bedeutend leichter haben, wenn Sie mithelfen in den nächsten Tagen für unsere Presse zu werben. Sorgen Sie dafür, daß die Presse unserer Gegner und ihrer Helfersbelfer immer mehr aus den deutschen Häusern verdrängt wird, dann treffen Sie den Gegner an seiner letzten verwundbarsten Stelle.

Zentrumsmann wegen Zuhälterei verhaftet?

Am letzten Donnerstag wurde in Waldwimmersbach der Landwirt und Straßenwerk Franz Bender angeblich wegen Zuhälterei verhaftet. Als das Heidelberger Lieberfallkommando am 13. ds. Mts. in Waldwimmersbach unser Landheim schloß, war dieser fromme Zentrumsmann einer der Schlimmsten, der die Polizei auf uns Nationalsozialisten hefte. Er schrie im ganzen Dorf herum, er bringe unsern Ortsgruppenführer hin, wo er hingehöre. Aber daß er wohl vor unserm Ortsgruppenführer hinter Schloß und Riegel wandern mußte, hätte er damals wohl nicht gedacht. Ihr Arbeiter und Bauern vom Zentrum, betrachtet Euch Eure Leute. Wir werden in nächster Zeit noch näher auf diesen Fall eingehen.

Ueberläufer Ruof hegt bei der Weinheimer Polizei gegen uns

Wir erinnern uns an die Tatsache, daß im Oktober vorigen Jahres der frühere SA-Mann Ruof einem Kauschmisch aus der SA und der Partei nur dadurch entging, daß er vor Beendigung des Uchla-Verfahrens

seinen Austritt erklärte. Wir erinnern uns weiter daran, daß Ruof von unserer Frauenschaft von Kopf bis zu Fuß ausgerüstet und durch die Partei unterstützt wurde, wie selten jemand. Am Geburtstag unseres Führers hatten verschiedene Weinheimer Parteigenossen mit Hakenkreuzfahnen gespielt. Diesen Anlaß benützte Ruof, um zur Polizei zu laufen und Anzeige zu erstatten. Ob eine Aktion seitens der Polizei in die Wege geleitet und im letzten Augenblick abgebrocht wurde, interessiert hier nicht. Die Fahnen wehten am 20. April in Weinheim! Wir möchten aber unseren Parteigenossen und Freunden in Stadt und Land, den Herrn Erwin Ruof, unseren „Freund von Ge-

stern“, wie die Mannheimer Lügenstimme unterm 11. 11. 31 schrieb, hiermit erneut vorgestellt haben. So steht er aus!

Kleine unparlamentarische Anfrage

Durch die Presse ging dieser Tage die Meldung, daß der Bürgermeister Kleinhaus von Iloesheim gegen uns Strafanzeige wegen Beleidigung und Verleumdung gestellt habe. Wir stellen fest, daß die Meldung anscheinend einer „Volksstimme“-Notiz entstammen wurde und daher besonders geeignet ist, ernst genommen zu werden. Bis heute hat uns irgend eine gerichtliche Benachrichtigung über die Einleitung eines Strafverfahrens gegen uns in der Sache des von uns veröffentlichten Artikels: „Die Rote Jacin von Iloesheim und ihr Gemahl“ nicht erreicht. Wir freuen uns heute schon

auf die gerichtliche Austragung der Angelegenheit und laden die Iloesheimer Bevölkerung zu derselben herzlich ein.

Im übrigen gestalte man uns eine kleine unparlamentarische Anfrage:

Warum ist Bürgermeister Kleinhaus trotz den gegen ihn erhobenen Anschuldigungen noch nicht bis zur Klärung der Angelegenheit seines Amtes enthoben? Ist damit die Unterschriftensammlung zugunsten des Bürgermeisters Kleinhaus in der SPD-Verammlung am Samstag, den 23. 4. 32 in Verbindung zu bringen? Wir haben Zeit.

„Ohne Härte — — —“

Unter dieser Ueberschrift berichteten wir gestern über die widerrechtliche Schließung unseres Käserlater Parteibüros. Wir stellen heute fest, daß die Räume inzwischen wieder freigegeben wurden.

Hauptverleger Dr. B. Rattenmann.
Verantwortlich für den Inhalt: Dr. B. Rattenmann; für den Vertrieb: Dr. B. Rattenmann; für die Druckerei: Dr. B. Rattenmann; für die Anzeigenverwaltung: Dr. B. Rattenmann; für die Korrespondenz: Dr. B. Rattenmann; für die Redaktion: Dr. B. Rattenmann; für die Druckerei: Dr. B. Rattenmann; für die Anzeigenverwaltung: Dr. B. Rattenmann; für die Korrespondenz: Dr. B. Rattenmann; für die Redaktion: Dr. B. Rattenmann.

Am Sonntag, den 1. Mai 1932, abends 20.30 Uhr, findet im Gasthaus „Zum Adler“ in Schriesheim eine große

Frauenkundgebung

statt. Redner: Pg. Pfarrer Streng, Waldwimmersbach.

Amtliche Bekanntmachungen.

Handelsregister-Einträge vom 23. April 1932.

Deutsche Woerner-Werke, Aktiengesellschaft, Mannheim. Durch Beschluß der Generalversammlung vom 14. März 1932 wurden die den Aufsichtsrat betreffenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages, nämlich die §§ 9—17 mit ihrem bisherigen Wortlaut wieder in Kraft gesetzt mit Ausnahme des letzten Satzes des § 17, die Aufsichtsratsmitglieder betreffend, welcher gestrichen wurde.

Bausstoffe-Großvertrieb, Aktiengesellschaft in Mannheim. Das Geschäft ist nicht mehr vorhanden. Kaufmann Richard Käling in Mannheim ist zum Vorstand bestellt. Durch Beschluß der Generalversammlung vom 31. März 1932 sind die §§ 9, 10, 11, 12 und 19 des Gesellschaftsvertrages, soweit diese Bestimmungen über die Zusammensetzung und Bestellung des Aufsichtsrates, sowie über die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates außer Kraft gesetzt worden, wieder in Kraft gesetzt worden.

Vertrieb von Erzeugnissen jüdischer Gewerkschaften Heinrich Hausmann, Mannheim. Die Prokura des Friedrich Wilenski ist erloschen. Die Firma ist erloschen.

Nährberger Spielwarenhaus Wilhelm Hofmann, Mannheim. Das Geschäft mit der Firma ist von Wilhelm Hofmann auf dessen Ehefrau Elsa geb. Wendel in Limburgerhof bei Ludwigshafen a. Rhein übergegangen. Der Uebergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei dem Uebergang des Geschäfts durch Elsa Hofmann geborene Wendel ausgesprochen. Die Prokura der Elsa Hofmann geb. Wendel ist erloschen. Dem Wilhelm Hofmann, Limburgerhof b. Ludwigshafen a. Rhein ist Prokura erteilt.

Wilhelm Wäcker, Mannheim, Karl Walter in Mannheim ist als Einzelprokurist bestellt. Rudolf Sepp u. Co., Mannheim. Das Geschäft samt Firma ging von Clara Sommer Witwe geborene Franke auf Kaufmann Ludwig Solz in Mannheim über.

Max Baer, Mannheim, Inhaber ist Kaufmann Max Baer in Mannheim.

Kermas u. Manke, Mannheim. Die offene Handelsgesellschaft hat am 1. April 1932 begonnen. Otto Kermas und Heinrich Manke, beide Kaufleute in Mannheim sind persönlich haftende Gesellschafter. Die Gesellschafter sind nur gemeinsam zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Geschäftszweig: Handel mit Seiden und Oesen. — Geschäftshoh: P. 2, 2.

Hermann Aronsfrau, Mannheim. Inhaber ist Kaufmann Hermann Aronsfrau in Mannheim. Geschäftszweig: Handel mit Kurz-, Weiß- und Wollwaren.

Emanuel Fuld, Mannheim. Die Firma ist erloschen.

Ernst Collipi, Mannheim. Die Firma ist erloschen.

Badisches Amtsgericht, F. O. 4, Mannheim.

Die Erd-, Mauer- und Betonarbeiten zur teilweisen Freilegung des Tunnels bei Mainz, zwischen den Bahnhöfen Mainz Hpf. und Mainz Süd, sowie die Abbrucharbeiten an der Roten Kaserne und dem Nebengebäude (Wachschmiede) in dem Kasernenhof des ehem. Infanterieregiments Nr. 87 am Canton sollen öffentlich vergeben werden.

Die Arbeiten umfassen:

a) Freilegung des Tunnels: etwa 340 000 m³ Bodenerdwegung, 9500 m³ Hinterpackung des Tunnelgewölbes abzubrechen; 4500 m³ Tunnelgewölbe und Widerlagermauern abzubrechen; 2000 m³ Betonmauerwerk für die Stirn- und Flügelmauern an den neuen Tunnelingängen;

b) Abbruch der Roten Kaserne: etwa 12 400 m³ Mauerwerksabbruch; 490 m³ Bauholz des Dachwerks und der Balkenlagen abzubrechen; 85 000 Kgr. eiserne Träger verschiedener Profile, sowie Abbruch der sonstigen inneren Einrichtungen der Kaserne.

Die Verdingungsunterlagen können, soweit der Vorrat reicht, gegen post- und befehlsgeldfreie Einzahlung von 4 Mk., nicht in Briefmarken,

durch unser Präsidialbüro (Zimmer 74a) dahier bezogen werden.

Auch werden Zeichnungen, wie Lageplan, Plan der Förderbahn und Plan über die Schürftgruben zum Gesamtpreis von 10 Mk. abgegeben. Die Kosten für das Angebot mit den 3 Zeichnungen betragen zusammen 14 Mark.

Die Unterlagen können auch während der Dienststunden auf Zimmer 108a unseres Verwaltungsgebäudes eingesehen werden.

Die Angebote sind post- und befehlsgeldfrei, versiegelt und mit der Aufschrift:

„Angebot für Erd- und Mauerarbeiten zur Freilegung des Tunnels bei Mainz, sowie für den Abbruch von Kasernenbauten zwischen der Römerstraße und dem Eisgrubweg in Mainz (am Canton)“

verlesen bis zu dem am Samstag, den 21. Mai 1932, vormittags 10 Uhr, auf Zimmer 72 unseres Verwaltungsgebäudes, Rhodanusstraße 1 dahier, stattfindenden Eröffnungstermin einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen.

Mainz, 20. April 1932.

Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft

Reichsbahndirektion Mainz.

Wir laden hiermit unsere Mitglieder zu der am Mittwoch, den 4. Mai 1932, nachm. 4 Uhr im Restaurant „Vollhaus“ (großer Saal) stattfindenden ordentl. Generalversammlung höflich ein. Tagesordnung: 1. Bericht über das Geschäftsjahr 1931 und Bericht des Aufsichtsrates; 2. Bericht der Gläubigerkommission; 3. Bericht über die vom Verbandsvorstand vorgenommene Revision; 4. Genehmigung der Bilanz, Entlastung der Verwaltung; 5. Verteilung des Ueberschusses; 6. Statutenänderung; 7. Neuwahl des Aufsichtsrates.

Der Zutritt zur Versammlung ist nur den Mitgliedern gestattet und nur gegen Vorlage des Geschäftsanteilsbuches. Nichtmitglieder haben keinen Zutritt.

Der Rechnungsabschluss für das Jahr 1931 ist zur Einsicht der Genossen in unserem Geschäftslokal aufgelegt. Geschäftsberichte kommen in der Generalversammlung zur Verteilung, liegen aber auch an den Schaltern der Bank zur Einsicht auf. Mannheim, den 15. April 1932.

Der Aufsichtsrat der Mannheimer Gewerbebank e. G. m. b. H.

Zinkgräf, Vorsitzender.

Die Schalter der Bank sind am 4. Mai 1932, nachmittags, geschlossen.

Ihre Schuhe

besucht gut und billig LUDWIG ERTL, Schuhsohlerei Waldhofstraße 8.

Selbstfahrer

erhalten Personewagen zu den günstigsten Bedingungen (incl. Versich.) Baden-Garage Inh. J. Schwind, Selterstr. 27 am Luisenring Telefon 28474

Benzin 30 Pfennig

Einzelboxen von RM. 15.— an. Gut eingerichtete Reparatur-Werkstätte.

Optiker Heckerstadt
Klein, Waldhofstr. 6
Lieferant sämtlicher Krankenkassen

70-80% unserer Bevölkerung hat verbildete u. hellbedrückte Füße!

Sie rechtzeitig bedacht auf deren Wohl und trägt die bequemen **Lipsia-Schuhe** **Neher, P5, 14** mit Gelenkstütze vom Schuhhaus **Engel Planken.**

Auto-Reparatur-Werkstätte für Chrysler, Buick, Fiat, Cadillac, Chevrolet, Studebaker und alle deutschen Fabrikate. Ausführung nur durch langjährige Fachleute. Garantie und billige Berechnung. Billige Wagenpflege, Oberschmiermittel, Poliermittel.
Lorenz-Oehl Otto Schoenlein Mannheim, Werfstraße 23/25 Telefon 21319

Werft-Garage Werfstraße 23/25 — Telefon 21319
Boxen-Stände RM. 5.—, 20.—
Motorradplätze RM. 5.—
Pa. BENZIN unter Tagespreis
Pa. Öl RM. —,70
Gummi — Zubehör
Hersteller der NOSMA Nebelscheiben, Nebellampen, Begrenzungsstäbe, Picknickkoffer, Auto-koffer, Sonnenblendscheiben.

la. Pfälzer Speisekartoffeln liefert frei Haus, sowie Saatkartoffeln jeder Art.
Aug. Herget, Mutterstadt (Pfalz) Hartmannstraße 13 Telefon 408.

Moderne Werkstätte für Plüssee aller Art Bekatur Hohsaum Hosen Stickerie Spitzen einkurbeln Stoffknapfe usw.
Inh. A. GOEDE
Mannheim Qu 5, 1 Fernsprecher 32490

Haushaltartikel Eisenwaren in größter Auswahl billigst im Spezialgeschäft
Eduard Löb, Seekenheimerstr. 30.

Photo-Mayer jetzt **Fotohaus Eichenherr, E 2, 1 (Planken)**

Fahrräder direkt an Private, staunend billig. **Fahrrad-Großvertrieb P 5, 4** neben Durlacher Hof

Von Harnsäure befreit durch den Eudoro Mate, Magen-Nieren- und Darm- kranke sollten ihn täglich trinken. Paket 90 Pfg.
Storch-Drogerie Marktplatz, H 1, 16.

Schlafzimmer: gebraucht. Die Zeiten werden immer wärmer. Wenn Sie noch lange warten, haben Sie Ihr erspartes Geld vollständig aufgebraucht und haben immer noch kein Schlafzimmer. Ueberlegen Sie sich einmal, ob es daher nicht besser ist, Sie kaufen mit dem Rest, den Sie noch haben, dieses gebr. Schlafzimmer. Es hat: 1. groß. Matr. Kleiderkasten, 2. Bettstellen m. Patentrollen, echt nußbaum pol. (Sie sparen also die Auflegematr.). 2. Nachttische, 1. Waschkom. mit Spiegelaufl. und 2. Stühle. Und dies alles bekommen Sie kompl. für 92.— RM. Das eine ist sicher, an diesem Zimmer können Sie bestimmt nichts verlieren und wenn einmal die Zeiten wieder normal werden, nehmen wir es gerne in Zahlung, wenn Sie sich bei uns ein neues Zimmer kaufen. **Landes.** Mannheim-Lindenhof, Wellenstraße 2 (alte Oelfabrik) direkt hinterm Hauptbahnhof.

Reitstiefel
Marschstiefel
Motorradstiefel
Wanderstiefel
kaufen Sie ganz besonders vorteilhaft im
Schuhhaus Wanger Mannheim R. 1-7

Privat-Pension Guten reichl. **Mittagsisch** für 6 Personen wöchentlich RM. 5.50 m. Abendisch RM. 9.50 U 4, 4 3 Tr. rechts
1 Zimmer u. Küche ab RM. 18.—
2 Zimmer u. Küche ab RM. 33.—
3 Zimmer u. Küche ab RM. 40.—
4 Zimmer u. Küche ab RM. 72.—
Nachweisbüro Schulze O 4, 17.

Billigste Bezugsquelle nur bei **Zigarrenhaus LUDWIG** U 2, 1
Chemisch gereinigt hält doppelt so lang!
Färberei WILFERT, Weinheim

Gut speisen Sie und doch preiswert ohne Nebenkosten im Speisehaus
Zimmermann Küchenchef erster Häuser. **N 3, 10 Kunststraße** Mittagessen im Abonnement **75 Pfg.**

Möbel-Haus Schwalbach Söhne Wir erfüllen alle Ansprüche welche zu einer behaglichen Wohnung gehören, solid, zuverlässig, preiswert und billig. Eigene Polsterwerkstätte nur B 7, 4 b. Friedrichs-park, kein Laden.

Kohlen, Koks Union- u. Elform-Briketts — Holz **E. REHBERGER / Mannheim** nur P 1, 7a. Telefon 31515

Mannheim

ALHAMBRA

Richard Tauber
der große Tenor in
Melodie der Liebe
mit Lien Deyers / Szöke Szakall / Alice Treff
Regie: Georg Jacoby
Ton-Vorprogramm!
Beginn: Wo. 3 Uhr, So. 2 Uhr

ROXY

Pat und Patachon
die Könige des Humors in
Knall und Fall
Hanebüchene Abenteuer der beiden
„Ritter von der traurigen Gestalt“
Reichhaltiges Ton-Vorprogramm!
Jugendliche haben Zutritt
Beginn: Wo. 3 Uhr, So. 2 Uhr

Alte Räume

wollen Sie mit wenig Mitteln in
ein neues Heim
verwandeln? Richtig, und zwar durch die
farbenfreudige neue Tapete von

M. & H. Schürek

F 2, 9

Parfümerien
Feinseifen
Waschseifen
und sämtliche
Putzmittel
Seifenhaus Mittelstr. 59
Inb. E. Redeker

EIER

10 Stück 54 Pfg.
große 65 Pfg.

Rommess

H 1, 15 - Q 2, 22
Mittelstraße 29

GARDINEN

UND DEKORATIONEN KAUFEN SIE VORTEILHAFT IM SPEZIALGESCHÄFT

HAUSMANN

P 3, 12 AN DEN PLANKEN

Meidet Warenhaus und Konsumverein

Spitzenleistungen

in **Preis u. Qualität**



- Herren-Anzüge** 18.-
tragfähig, Kammgarn-
Qualitäten
32., 28., 24.
- Sport-Anzüge** 22.-
2 und 4tlg., moderne
Dessin
55., 35., 29.
- Uebergangsmäntel** 27.-
in Slipon u. Raglan-
form, auf K. Seide gef.
45., 35.
- Flanelhosen** 3.95
aparte, uni u. gestreif-
te Dessin
10., 8.50, 6.50
- Knickerbockerhosen** 3.50
moderne Formen
9., 7., 5.-

Aparte Neuheiten in **Kinder-Kleidung**

Wilhelm Bergdolt

Mannheim, H 1, 51 Breite Straße

Weitreichstes Spezialhaus für Herren- und Knabenkleidung fertig und nach Maß

Trefzger's neue Preise

ERMÖGLICHEN DIE ERFÜLLUNG ALLER WÜNSCHE.

Beachten Sie unsere

Sondervoranstaltung

MIT AUSSERGEWÖHNLICHEN PREISVERGÜNSTIGUNGEN.

EIN BEISPIEL



Gestern 745.- heute 630.-

SPEISEZIMMER - KIRSCHBAUM POL.

Bestehend aus: 1 BÜFFET 200cm breit
Mitteltisch geschw. mit RÜSTMASER
1 VITRINE 125cm h. 1 AUSZIEHTISCH 90x125
4 POLSTERSTÜHLE mit Bezug nach Wahl

Haben wir jemals zuviel versprochen?

Trefzger

MÖBEL MANNHEIM-05.1

SÜDD. MÖBEL-INDUSTRIE
GEBR. TREFZGER G-M-B-H RASTATT

NEU-ERÖFFNUNG

der Eberpark-Gaststätten am Sonntag, 1. Mai cr.

Dem verehrlichen Publikum von Ludwigshafen-Mannheim und Umgebung zur Kenntnis, daß ich ab 1. Mai cr. die Gaststätten des Eberparks in Betrieb nehmen werde.
DAS HAUPT-RESTAURANT ist vollständig neu hergerichtet worden. Die Preise sind den Zeitverhältnissen entsprechend gestellt. • Auch im **STERN-CAFE** der bekannten Tanzdiele, sind die Preise erheblich gesenkt.
DIE BIERHALLE AM SEE soll an heißen Tagen und bei großen Festlichkeiten als Bierhalle »Bediene dich selbst« eingerichtet werden. In dieser Gaststätte wird besonders den minderbemittelten Kreisen Rechnung getragen.
Es ist mein Bestreben, das Beste vom Besten zu bieten.

GUIDO OTTMANN

Inhaber der Pfalzbau-Lokalitäten Ludwigshafen

Zum Weinberg D 5, 4

Das gute Restaurant

Samstag und Sonntag KONZERT
TANZ im Saal.

Café Klier, N 3, 6

Telefon 260 05 (neben Weinhaus Rosenstock)

Täglich bis zur Polizeistunde geöffnet.

Treff) der Reisenden und Vertreter
Ia. Kuchen / Kaffee / Frühstück

Gold. Lamm, E 2, 14

Heute Samstag

Großes Schlachtfest

Spezialität: Schlachtplatten, Spezial-Ausschank

Schremp-Printz-Märzenbier.

Es ladet höfl. ein J. Neumann.

OPEL Spezial-Werkstätte

neuzeitig mit allen Spezial-Werkzeugen eingerichtet. Verbindliche Kostenvoranschläge.

Fr. Hartmann, Seckenheimer Str. 68 a

Telephon 403 16 Pestalozzischule

Garagen Orig. Ersatzteile Betriebsstoffe

FAHRSCHULE

Gebrauchte und neue Wagen

Möbel

in gediegenen Formen und hochwertiger Arbeit zu billigsten Erzeugerpreisen. Ich bitte um Anfrage und Besichtigung meiner

Ausstellung

Kaiserring 22 pl., Mannheim.

Witth. Merkel, Möbelwerkstätte, Aglasterhausen

Wenn die Sonne lacht

ein preiswertes modernes Kleid in schönster Musterung und Verarbeitung vom

WÄSCHE-SPECK

€ 1,7 Mannheim - Paradeplatz € 1,7

Weinheim

Schwarzer Adler in Weinheim

Bestbekanntes Gasthaus

ff. Fels- und Münchner Biere. Gut bürgerliche Küche. Schöne Fremdenzimmer. Großer Saal. Div. Nebenzimmer.

Separates Café mit Veranda. Fernsprecher 2133. Fritz Becker.

Treffpunkt der Nationalsozialisten in Weinheim:

Gasthaus z. Eintracht, Nördl. Hauptstr. 12

Gut bürgerl. Küche, gepfl. Weine. Eig. Schlachtung. Ausschank von Bürgerbräu Ludwigshafen. Gr. Nebenzimmer und Saal.

Die großen Moden

für

Stoffe

sind

Leuchtende Farben

Reichste Auswahl in allen Farbtönen

finden Sie im Spezialgeschäft

M 1, 4, Ciolina & Kübler